

LIVE

UKRAINE-KRIEG

Der russische Präsident hatte jüngst mit einer neuen Gas-Drosselung gedroht – und die Pipeline Nord Stream 2 ins Spiel gebracht. Die Antwort von Wirtschaftsminister Habeck ist deutlich. FDP-Politikerin Strack-Zimmermann fordert direkte Waffenlieferungen. Mehr im Liveticker.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat davor gewarnt, die Wiederaufnahme von russischen Gaslieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 als Zeichen der Verlässlichkeit zu werten. Russlands Präsident Wladimir Putin nutze die Verfügbarkeit von Gas immer wieder strategisch, um Deutschland und Europa zu spalten, sagte der Grünen-Politiker am Donnerstagabend im ZDF-„heute journal“. „Wir müssen akzeptieren, dass Putin diesen Gashebel gegen uns einsetzt“, mahnte Habeck. Deutschland müsse sich daher Alternativen besorgen und sparsam sein.

Trotz gegenteiliger Befürchtungen in Deutschland hatte Russland am Donnerstag seine Gaslieferungen durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 nach einer Wartung wieder

aufgenommen. Wie vor dem zehntägigen Stopp war der Durchfluss aber auf etwa 40 Prozent der Kapazität beschränkt. Russland begründet dies mit dem Fehlen einer Turbine, die

~~1.100 m³/min werden kommt, das ist klar.~~

Habeck wandte sich vehement gegen die Idee, die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen. Auf diese fertiggestellte, aber bislang nicht für den Betrieb zugelassene und US-Sanktionen unterliegende Leitung hatte auch Putin verwiesen. Habeck sagte, eine Inbetriebnahme würde nichts ändern und die Abhängigkeit von russischem Gas noch erhöhen. Putin hätte dann auch sein Ziel erreicht, Sanktionen zu brechen. „Das wäre das Hissen der weißen Fahne in Deutschland und Europa. Das sollten wir auf keinen Fall tun.“

Der Wirtschaftsminister hob zudem den Zusammenhalt in Deutschland trotz hoher Energiepreise und Inflation hervor. „Wir sind ein starkes Land“, sagte Habeck. Es gebe ein starkes Zusammenspiel zwischen Menschen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. „Das wird Putin schon noch erleben, wie stark wir sind“, sagte Habeck.

Alle Entwicklungen im Liveticker

04:00 Uhr – Mieterbund: Energiesparen ist Gebot der Stunde

Der Deutsche Mieterbund hat Energiesparen als „Gebot der Stunde“ bezeichnet. „Mieterinnen und Mieter sollten motiviert werden Energie einzusparen, aber nicht dazu verpflichtet werden, die Mindesttemperatur in ihren Wohnungen zu unterschreiten“, erklärte der Mieterbund auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. „Sowohl die Folgen für die Mieter als auch die Auswirkungen auf den Zustand des Gebäudes bleiben dabei unabwägbar.“

Weiter hieß es: „Energiesparen ist das Gebot der Stunde und betrifft alle: Eigentümer, Mieter und Industrie. Dabei darf aber natürlich nicht vergessen werden, dass zu kalte Wohnungen oder einfrierende Leitungen im Winter zu erheblichen Schäden am Haus und an der

Gesundheit der Bewohner führen können. Berücksichtigen muss man daher in jedem Fall auch die haftungsrechtlichen Fragen für etwaige Schäden an den Gebäuden und an der

(Grüne) als unzureichend kritisiert. „Die Bundesregierung muss nun endlich über Einzelmaßnahmen hinaus einen wirksamen Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen vorantreiben“, sagte CDU-Vize Andreas Jung der „Rheinischen Post“ vom Freitag. „Sonst bleibt das unkoordiniertes Stückwerk und verpufft.“

Konkret zielte Jung unter anderem auf die Regelungen zum Biostrom und in öffentlichen Gebäuden ab. „Robert Habeck hat nun weitere Maßnahmen angekündigt. So will er auch den Biostrom-Deckel endlich aufheben“, sagte der Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag für Klimaschutz und Energie. „Es ist heute genau zwei Wochen her, dass die Ampel unseren Antrag dazu im Bundestag abgelehnt hat. Aber weiterhin lässt die Bundesregierung wichtige Potenziale links liegen, noch immer wirft sie nicht alles in die Waagschale.“

02:00 Uhr – Strack-Zimmermann für direkte Lieferungen schwerer Waffen an Kiew

Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann setzt sich aufgrund der Erfahrungen des Ringtauschs mit Drittländern für Direktlieferungen schwerer Waffen aus Deutschland in die Ukraine ein. „Die Idee des Ringtauschs macht Sinn. Aber es läuft nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben“, sagte Strack-Zimmermann der „Rheinischen Post“. „Wir müssen dann auch den Mut haben einzugehen, dass es nicht so funktioniert, wie wir uns das vorgestellt haben und sollten gegebenenfalls stattdessen direkt an die Ukraine liefern“, betonte die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag.

Ringtausch bedeutet, dass osteuropäische Bündnispartner Waffen sowjetischer Bauart in die Ukraine liefern und dafür von Deutschland Waffen als Ausgleich erhalten. Die Waffen sowjetischer Bauart können von den ukrainischen Soldaten leichter bedient werden als Geräte aus westlicher Produktion, die für sie neu sind. Anfang Juli hatte Bundeskanzler Olaf

Scholz (SPD) im Bundestag weitere Waffenlieferungen in die Ukraine im Zuge des sogenannten Ringtauschs für die kommenden Wochen angekündigt.

test. „Klimaneutralität bis 2045, Kohleausstieg bis 2030. Das gilt“, sagte Morgan den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Das dürften auch die Verträge zur Lieferung von verflüssigtem Erdgas (LNG) nicht infrage stellen. „Und wo LNG-Verträge geschlossen werden, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass wir so schnell wie möglich auf grünen Wasserstoff wechseln können“, sagte Morgan. Der Krieg lenkt nach ihren Worten die Aufmerksamkeit weg vom Kampf gegen die Klimakrise. Es handele sich aber nicht um eine Entweder-Oder-Frage. „Die Klimakrise passiert hier und jetzt.“

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte die frühere Greenpeace-Chefin in diesem Jahr als Sonderbeauftragte für den Klimaschutz zum 1. März in ihr Haus geholt. Kurz vor Amtsantritt Morgans überfiel Russland die Ukraine.

00:02 Uhr – Verkehrsbetriebe: 9-Euro-Tickets bis Oktober verlängern

Die Nahverkehrsbranche setzt sich für eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets um zwei weitere Monate ein. „Wir brauchen schnell eine Nachfolgelösung“, sagt Oliver Wolff, der Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) der „Süddeutschen Zeitung“ (Freitag). „Am besten wäre es, die Aktion als Übergangslösung um weitere zwei Monate zu verlängern. Das Ticket könnte im September und Oktober weiter gelten und so die Bürgerinnen und Bürger von den hohen Energiepreisen entlasten“, betonte Wolff.

Die im Juni gestarteten 9-Euro-Tickets gelten noch im Juli und August und ermöglichen bundesweit jeweils für einen Monat Fahrten in Bussen und Bahnen des Nahverkehrs. Die Debatte über eine Nachfolgeregelung ist bereits voll im Gange. Wolff sagte, der Vorschlag für eine Übergangslösung um zwei Monate würde Politik und Branche Zeit verschaffen, um ein

dauerhaftes Angebot für ein bundesweites Nahverkehrsticket zu entwickeln. Wolff rief Bund und Länder auf, sich rasch zusammenzusetzen. „Die Menschen sollten Ende August nicht in

Kohlekraft-Reaktivierung im Winter vor mangelnden Verkehrskapazitäten für die Lieferung von Brennstoffen gewarnt. „Die Steinkohlekraftwerke benötigen riesige Mengen an Kohle, das wird in der Logistik absehbar zu Engpässen führen“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Freitag). Das von der Bundesregierung beschlossene Comeback der Kohleverstromung werde einen erheblichen zusätzlichen Verkehr auf Schifffahrtswegen und Schienen nach sich ziehen.

„Die Betreiber von Kohlekraftwerken werden im Winter große Schwierigkeiten haben, die notwendigen Mengen an Brennstoff herbeizuschaffen“, sagte Luksic. Die Logistikbranche sei schon heute stark ausgelastet: „Die Verkehrswege sind bereits jetzt vielerorts am Limit und in nächster Zeit wird es durch die Reaktivierung der Kohlekraftwerke zu einer weiteren massiven Belastung kommen.“ Hinzu komme fehlendes Material und der Lokführermangel: „Es gibt bereits jetzt eine Knappheit von Waggons bei der Bahn, von Schiffskapazitäten in der Binnenschifffahrt und einen massiven Mangel an Lokführern“, ergänzte er

00:01 Uhr – FDP pocht bei Bürgergeld auf Sanktionen

Die FDP pocht beim künftigen Bürgergeld auf Sanktionen, wenn Betroffene etwa nicht zu Terminen erscheinen. Solidarität sei keine Einbahnstraße, sagte der für das Bürgergeld in der FDP-Bundestagsfraktion zuständige Abgeordnete Jens Teutrine der Deutschen Presse-Agentur. „Als Ultima Ratio sind Sanktionen daher angemessen und nötig“, fügte er hinzu. Teutrine antwortete auf die Frage, ob die FDP bei der von Sozialminister Hubertus Heil (SPD) geplanten sechsmonatigen „Vertrauenszeit“ ohne Sanktionen mitgehen werde.

Der Minister hatte am Mittwoch seine Pläne für die Ausgestaltung des Bürgergelds, das im kommenden Jahr Hartz IV ablösen soll, präsentiert. Menschen, die Bürgergeld beziehen,

sollen demnach für ein halbes Jahr keine Leistungskürzungen befürchten müssen, auch wenn sie beispielsweise Termine im Jobcenter streichen lassen. „Vertrauen zwischen

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt die Sanktionen gegen Russland, auch wenn es dadurch Probleme bei der Energieversorgung gibt. Nach einer am Donnerstag veröffentlichten ARD-Umfrage befürworten 58 Prozent der Bundesbürger die Sanktionsmaßnahmen. Jeder Dritte (33 Prozent) unterstützt die Sanktionen nicht. Zwischen West- und Ostdeutschland ist das Stimmungsbild jedoch unterschiedlich.

In Westen Deutschlands befürworten 63 Prozent die Sanktionen – unabhängig von möglichen negativen Auswirkungen für Deutschland, wie die Umfrage Deutschlandtrend für das ARD-Morgenmagazin ergab. Im Osten Deutschlands würden hingegen mehr als jeder zweite (51 Prozent) im Falle negativer Auswirkungen die Sanktionen nicht unterstützen. Für ein zeitlich befristetes Tempolimit auf deutschen Autobahnen angesichts der energiepolitischen Folgen des Ukraine-Kriegs sprachen sich 59 Prozent der Bundesbürger aus. 35 Prozent waren gegen ein solches Tempolimit.

23:02 Uhr – Belarussische Oppositionelle Tichanowskaja gegen Weiterbetrieb von Nord Stream 1

Die belarussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja hat den Weiterbetrieb der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 1 kritisiert. „Wir sind uns absolut sicher, es sollte keine Deals mit Diktatoren geben“, sagte sie am Donnerstagabend im ZDF-„heute journal“. Sie verstehe zwar die einzelnen nationalen Interessen, aber um Tyrannie und Terror zu stoppen, sei es an der Zeit, entschieden zu handeln und die Gas-Geschäfte mit Russland einzustellen.

Warnungen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vor einem „Atomkrieg“ seien nicht ernst zu nehmen, sagte Tichanowskaja weiter. Der Machthaber wolle lediglich die Solidarität gegenüber der Ukraine schwächen. „Es ist höchste Zeit, dass demokratische

Länder ihre Zähne zeigen, zeigen, dass sie keine Angst haben vor so einer lauten Rhetorik“, sagte die Oppositionelle.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240052975>